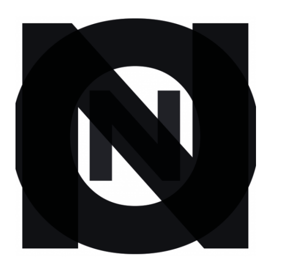
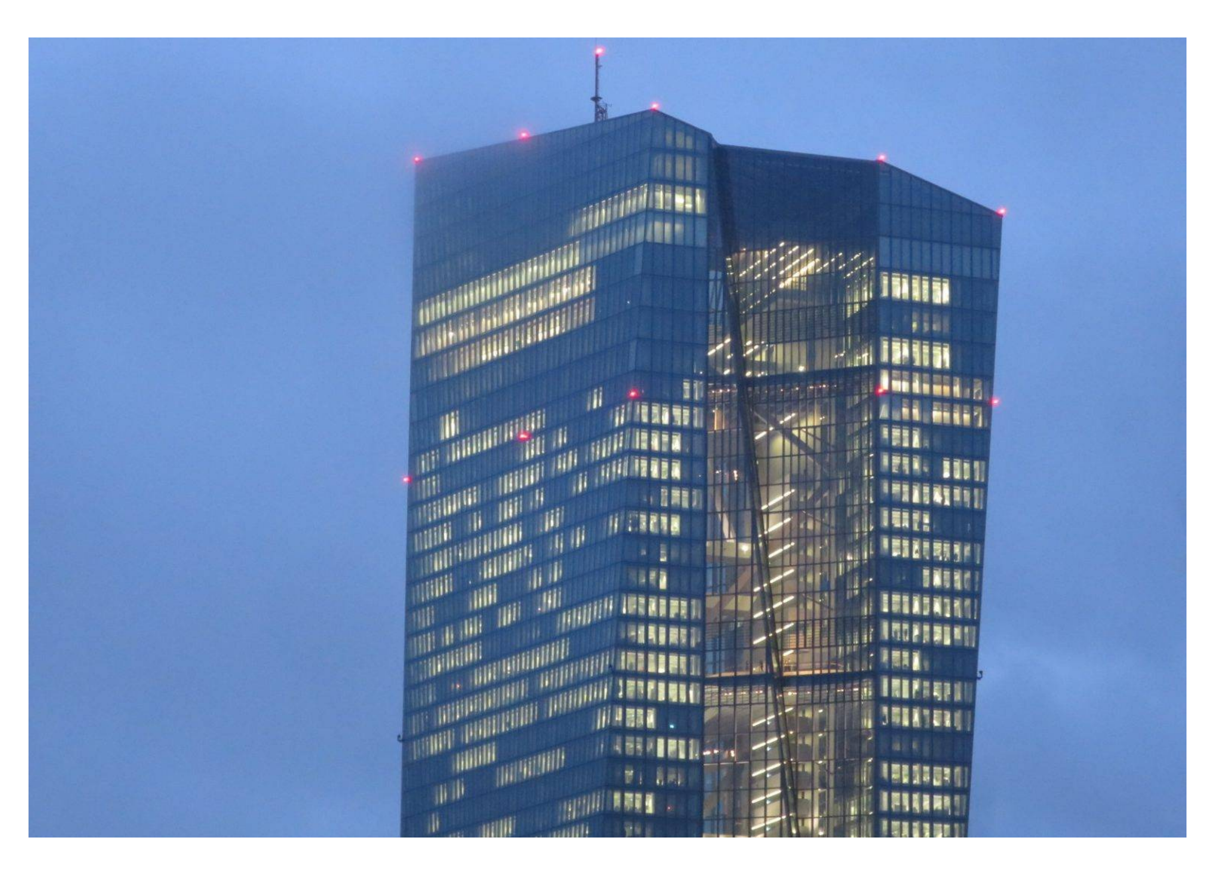






CHRISTIAN MARAZZI 2023-12-12

DER NEUE POSTFORDISTISCHE WIRTSCHAFTSKREISLAUF

ECONOFICTION GLOBALISIERUNG, INFLATION, POSTFORDISMUS, PRDOKTIVITÄT, TELEKOMMUNIKATION, ZYKLEN

Das zweifellos auffälligste Merkmal des postfordistischen Wirtschaftszyklus ist, dass es sich um einen Zyklus handelt, in dem der Aufschwung, die Expansionsphase, nicht nur langsam ist, sondern auch keine inflationären Prozesse auslöst. Langsames Wachstum mit bescheidenen Inflationsraten – diese Kombination widerspricht der traditionellen Dynamik des Konjunkturzyklus, wonach die Inflation wieder anspringen sollte, wenn die Arbeitslosigkeit unter ihre "natürliche" Rate fällt und die Kapazitätsauslastung sich ihrem Schutzniveau nähert. In der klassischen Dynamik des Konjunkturzyklus sind die Unternehmen, wenn die Arbeitslosigkeit unter ein bestimmtes Niveau fällt, bereit, ihre Löhne zu erhöhen, um Personal

zu finden, und geben den Anstieg der Arbeitskosten an die Preise weiter. Andererseits erhöhen dieselben Unternehmen die Preise ihrer Produkte, um auf eine Nachfrage zu reagieren, die das Angebot übersteigt (wofür die maximale Auslastung der Produktionskapazität ein Indikator ist)[1].

Der postfordistische Konjunkturzyklus widerlegt jedoch die Theorie, indem er verhindert, dass die Wirtschaftsindikatoren irgendetwas anzeigen, und ebnet so den Weg für die Währungsbehörden, die auf der Grundlage dieser Indikatoren beschließen, inflationären Herausforderungen durch Eingriffe in die Geldmengenaggregate zuvorzukommen[2]. Hierfür gibt es mehrere Gründe.

Erstens liegt es in der Natur des postfordistischen Wachstumsregimes, auf eine maximale Öffnung der Märkte zu drängen (was eine zunehmende Deregulierung, die Aufhebung aller schützenden Vorschriften für die lokalen Märkte mit sich bringt), was zu einer Globalisierung der Unternehmen führt, die nicht nur auf der Suche nach den niedrigsten Arbeitskosten sind, sondern auch nach strategischen Positionen auf ausländischen Märkten, um jede Absatzmöglichkeit voll auszuschöpfen. Die Globalisierung der Unternehmen ist eine Folge der Umkehrung der Beziehung zwischen Produktion und Markt, die zur postfordistischen Umstrukturierung der Produktionsprozesse geführt hat. Die Sättigung der Märkte kann nur die Bedingungen für einen scharfen Wettbewerb zwischen Unternehmen desselben Sektors auf denselben Märkten schaffen. Anstatt die Preise zu erhöhen, auch wenn sich die Nachfrage erholt, ziehen es die Hersteller vor, ihre Produktivität durch Einsparungen beim Personal zu steigern.

Die Globalisierung der Unternehmen macht es möglich, Schwankungen der Binnennachfrage in jedem Land mit einem weltweiten Angebot zu begegnen. Wenn die Produktionskapazitäten in den USA gesättigt sind, füllen mexikanische, chinesische oder europäische Fabriken – die sich häufig ebenfalls in amerikanischem Besitz befinden – das fehlende amerikanische Angebot aus und befriedigen so die steigende Nachfrage in den USA. In einer globalen Wirtschaft hat der Begriff der "nationalen Produktionskapazität" also keine praktische Bedeutung mehr.

Zweitens ist die Gefahr einer Kosteninflation durch steigende Löhne infolge sinkender Arbeitslosenquoten in der Erholungsphase des postfordistischen Zyklus deutlich geringer. Der trockene Verlust von Arbeitsplätzen in der rezessiven Phase des Zyklus, die Zunahme von prekären Teilzeitarbeitsplätzen sowie die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes (eine Angst, die umso größer ist, je geringer die sozialstaatlichen Garantien und die Stärke der Gewerkschaften sind) führen zu einer Bevölkerung mit "verminderten Erwartungen", wie es Paul Krugman, Wirtschaftswissenschaftler am MIT in Boston, ausdrückt. In den sozialen Konflikten des postfordistischen Zyklus zeigen sich in der Tat große taktische Verschiebungen bei den Kräften vor Ort: Während die Gewerkschaften zur Verteidigung der Beschäftigten oft gezwungen sind, auf Löhne oder "erworbene Rechte" zu verzichten, um die Beschäftigung ihrer Mitglieder zu sichern, greifen sie dort, wo der Widerstand gegen den Druck der Arbeitgeber größer ist, auf die Vergabe von Unteraufträgen zurück, bei denen schlecht bezahlte, ungeschützte und nicht organisierte Arbeitskräfte just-in-time eingestellt werden.

Das Beispiel des dreiwöchigen Streiks der 75.000 US-amerikanischen Team-sters, der nicht organisierten Lkw-Fahrer, im April 1994 wird oft angeführt, um die Verschiebung der Machtverhältnisse zu veranschaulichen, die im postfordistischen Wirtschaftszyklus

stattgefunden hat. In der Tat legte 1979 derselbe Streik, der nur 10 Tage dauerte, die US-Volkswirtschaft lahm, während fünf Jahre später die amerikanische Wirtschaft ungebremst weiter wuchs.
Der Verkehrssektor ist aufgrund seiner strategischen Rolle innerhalb der Just-in-Time-Wirtschaft, in der die räumliche Bewegung von Rohstoffen, Halbfertig- und Fertigprodukten von grundlegender Bedeutung ist, der Sektor, der die Logik der Deregulierungspolitik am besten auf den Punkt bringt: Bildung von Unternehmensnetzwerken, d. h. systematischer Rückgriff auf externe Unternehmen, um Kosten zu sparen und die Produktivität zu steigern; Dequalifizierung der direkten Arbeitskräfte, insbesondere bei den Wartungsarbeiten, mit oft katastrophalen Auswirkungen auf die Sicherheit und die Umwelt als Ausdruck der Logik "erst die Güter, dann die Passagiere"; maximale Auslastung der Anlagen, um die Abschreibung des Anlagekapitals zu beschleunigen, Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Pool der prekären Beschäftigung. In der rezessiven Phase des Zyklus kommt es zu einer Beschleunigung der Umstrukturierung in Richtung Deregulierung, die es ermöglicht, den Arbeitnehmern aufgrund der Netzwerkform der Unternehmen ein klassisches Instrument wie den Streik zu entziehen, um sich gegen Lohndruck und die Abwertung der Arbeit zu wehren[3].
So kann die Inflation nicht auf der Lohnseite wieder einsetzen, denn aufgrund der Schwächung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer und der räumlichen Reartikulation der Produktion steigen die Löhne weniger stark als die Produktivität, was die Lohnstückkosten senkt.
Der reale Rückgang der Löhne löst auch (und das ist neu) den Druck der Verbraucher aus, die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern und den Preisanstieg bei den Dienstleistungen zu verlangsamen, wie es im US-Gesundheitssektor geschieht. Der Widerstand auf der Seite des Dienstleistungskonsums, als Reaktion auf die Schwächung der Machtverhältnisse auf der Seite der Einkommensbildung und -verteilung, wirkt sich auf die Umstrukturierung und Rationalisierung des Dienstleistungssektors aus und steigert seine Produktivität im Gefolge der postfordistischen Techniken, die bereits im Industriesektor zu beobachten sind. Selbst von diesem Sektor, der aufgrund seiner geringen Produktivität traditionell als Inflationsherd gilt, ist kein Druck in Richtung inflationärer Preissteigerungen zu erwarten.
Die Technologien des Postfordismus erzeugen gerade wegen ihres Informations- und Kommunikationscharakters entscheidende sektorübergreifende Effekte, indem sie den Anstieg der Gesamtproduktivität des Wirtschaftssystems beschleunigen. Die klassischen Indikatoren sind nicht in der Lage, die Produktivitätsgewinne zu messen, die beispielsweise durch den Einsatz optischer Preislesegeräte an den Supermarktkassen (Verkürzung der Umschlagszeit von Konsumgütern) erzielt werden, ebenso wenig wie die Produktivitätssteigerung, die durch die zunehmende Leistungsfähigkeit der Genehmigungs- und Telekommunikationsnetze entsteht. Da die Indikatoren zur Messung einer materiellen Wirtschaft entwickelt wurden, liefern sie keine statistischen Daten über den Informationsfluss, der der neuen immateriellen Wirtschaft zugrunde liegt [4].
Die Definition des Produktivitätsbegriffs in Form des Outputs pro Arbeitsstunde, eine Definition, die es offenbar erlaubt, die Produktivitätssteigerungen der kommenden Jahre nicht als spektakulär zu betrachten, berücksichtigt nicht die Produktivkraft, die in den Informationstechnologien und in den neuen Systemen der Unternehmensorganisation steckt. Die Produktivkraft kann nämlich nicht mehr allein anhand des Verhältnisses zwischen den Ausgaben für Investitionsgüter und ihren Preisen gemessen werden: Es ist bekannt, dass es

sich bei den Gütern, in die die Unternehmen in großem Umfang investieren, um High-Tech-Güter mit rasch sinkenden Preisen handelt. Daraus folgt aber nicht, dass der Anstieg der Investitionen relativiert werden kann (in dem Sinne, dass bei sinkenden Preisen das Investitionsvolumen real nicht mehr so auffällig ist). Die neuen Informationstechnologien sind weit mehr als "verbesserte Schreibmaschinen"! Die Vorteile dieser Investitionswelle werden sich nicht sofort bemerkbar machen, da die Umstrukturierung der Arbeitsweisen und die Anpassung der Berufsausbildung Zeit brauchen, aber auf diesem Terrain spielt sich die Innovation der Produktionsweise ab und keineswegs auf dem Terrain des rein quantitativen Verhältnisses zwischen investiertem Kapital und seinen Verkaufspreisen.

Die Globalisierung der Wirtschaft, die Umstrukturierung der Investitionen, die Veränderung der sozialen Konflikte und die Verbesserungen im Dienstleistungssektor sind allesamt Faktoren des postfordistischen Zyklus, die in ihrem Zusammenspiel die Inflation in der Erholungsphase dämpfen. Die zentrale Bedeutung des kommunikativen Handelns und die ihm innewohnende immaterielle Organisation der Produktionsprozesse lassen andererseits die Inflationsrisiken durch mögliche Rohstoffverteuerungen, wie z. B. beim Öl, in den Hintergrund treten. Im postmaterialistischen Zeitalter sind die wichtigsten Rohstoffe Wissen, Intelligenz und die kognitiv-immateriellen Qualitäten, die entlang der Produktionsprozesse aktiviert werden. Physische Rohstoffe, die in der fordistischen Ära von grundlegender Bedeutung waren, verlieren bei der Bestimmung der Endpreise von Waren und Dienstleistungen gegenüber immateriellen Humanressourcen an Gewicht.

Dies bedeutet nicht, dass die reale Natur des postfordistischen Konjunkturzyklus per se die Währungsbehörden davon abhält, in die Zinssätze einzugreifen (sie anzuheben), sobald eine Veränderung des allgemeinen Preisniveaus eintritt. Eher das Gegenteil ist der Fall, nämlich dass die Währungsbehörden, wenn sie eine höchst unwahrscheinliche Inflation vorwegnehmen, Gefahr laufen, diese selbst zu erzeugen, indem sie die Finanz- und Geldmärkte destabilisieren und sich selbst erfüllende Erwartungen schaffen.

Die Währungsbehörden tun ihre Aufgabe, die darin besteht, eine Inflationsspirale zu verhindern, indem sie auf die Geldmengenaggregate einwirken. Dass die von ihnen verwendeten Indikatoren falsch sind und die Dynamik des postfordistischen Konjunkturzyklus nicht angemessen widerspiegeln, scheint inzwischen sicher. Tatsache ist, dass sich die Konjunkturzyklen gerade aufgrund dieses Spannungsverhältnisses zwischen der "Realwirtschaft" und der "Geldwirtschaft" allmählich synchronisieren. Die Vereinigten Staaten, Europa und Japan, die drei "Pole", deren Konjunkturzyklen in der Vergangenheit de-synchronisiert waren (mit erheblichen Vorteilen für die US-Wirtschaft), bewegen sich auf eine Synchronisierung ihrer jeweiligen Zyklen zu.

Es stimmt zwar, dass in der postfordistischen Weltwirtschaft das Angebot an Waren und Dienstleistungen global ist, aber es stimmt auch, dass die Nachfrage allmählich und unumkehrbar von der nationalen zur globalen wird. Die Deregulierung der Finanzmärkte zu Beginn der 90er Jahre führte zu einer Synchronisierung der Wirtschaftszyklen, da sie dank der internationalen Mobilität des Kapitals die postfordistische Umstrukturierung dort beschleunigte, wo sie noch im Rückstand war, während sie die Expansion dort verlangsamte, wo die Umstrukturierung der Produktionsprozesse bereits stattgefunden hatte. Dies führt dazu, dass in der Weltwirtschaft die Währung des Landes, das dem Ende der expansiven Phase des Zyklus am nächsten ist, gegenüber den Währungen der Länder, die sich noch in der Erholungsphase befinden, an Wert verliert.

Dies war 1994 der Fall. Paradoxerweise gingen die von der Federal Reserve beschlossenen Erhöhungen der US-Zinssätze, um dem inflationären Aufschwung zuvorzukommen, mit einer Abwertung des Dollars einher, was all jenen widersprach, die immer noch glaubten, dass höhere Zinssätze in den USA Kapital aus Europa und Japan anziehen und damit die US-Währung stärken würden. Das Gegenteil war der Fall: Der Dollar wertete ab und ermöglichte es der US-Wirtschaft, die Exporte (und Gewinne) anzukurbeln, während sich die US-Handelsbilanz weiter verschlechterte (aufgrund des starken Nachfragewachstums innerhalb der USA in den Jahren 1993 und 1994 gegenüber der stagnierenden Nachfrage in den anderen Ländern, die sich noch im Umstrukturierungsprozess befanden).
Die Aufwertung der anderen Währungen hingegen bremste den Anstieg der Zinssätze in den Ländern, die sich noch im Aufschwung befanden, und verhinderte so, dass Europa und Japan den Aufschwung zu früh dämpfen und die Einfuhren aus den USA verringern mussten. Ohne eine Veränderung der Wechselkurse als Folge der "merkwürdigen" Abwertung des Dollars wären die europäischen und japanischen Zinssätze viel schneller gestiegen.
Auf diese Weise synchronisieren die Vereinigten Staaten, Europa und Japan ihre Zyklen: Die amerikanische Expansionsphase, die dank der Abwertung des Dollars, die für einen Anstieg der weltweiten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sorgt, verlängert wurde, wird zu Ende gehen, sobald die europäische und japanische Wirtschaft gezwungen ist, ihren Aufschwung aufgrund eines übermäßigen Anstiegs ihrer Zinssätze zu verlangsamen. 1994 waren es vor allem die Exporte nach Nordamerika, Lateinamerika, Asien und in die osteuropäischen Länder, die die europäischen Volkswirtschaften "zogen", während die Inlandsnachfrage nach langlebigen Gütern keine Anzeichen für eine anhaltende Erholung aufwies, so daß die Inflationsraten niedrig und die Realzinsen symmetrisch hoch blieben.
Man kann also sagen, dass die Krise der Wirtschaftsindikatoren dazu beiträgt, die Globalisierung nicht nur der Produktionsprozesse (des Angebots), sondern auch der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen zu beschleunigen. Wenn man einerseits auf einem stark liberalisierten internationalen Finanzmarkt nur von einer globalen Geldmenge sprechen kann, so bewegt andererseits der nichtinflationäre Charakter des postfordistischen Wirtschaftsaufschwungs das Kapital nach einer anderen Logik als in der Vergangenheit. Das Kapital bewegt sich von einem Markt zum anderen, indem es Veränderungen in der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen rechtzeitig antizipiert, unabhängig von Veränderungen der Realzinsen. Und es könnte nicht anders sein in einem Wirtschaftssystem mit einem Überfluss an Kapital, in dem Nachfrageschwankungen immer mehr zählen, Schwankungen, die antizipiert werden müssen, um kapitalisiert zu werden. Wenn dies zutrifft, und die Dynamik des Konjunkturzyklus in der ersten Hälfte der 90er Jahre scheint dies zu bestätigen, dann sind die widersprüchlichen Bewegungen zwischen Zinssätzen und Wechselkursen in der Tat vollkommen im Einklang mit dem postfordistischen Produktionsparadigma.
Ein Beweis für diese Feststellung ist der Prozess der Globalisierung der amerikanischen Investitionen. Zwischen 1992 und 1994 stiegen die US-Investitionen im Ausland drastisch an. Als der Aufschwung außerhalb der USA stärker wurde, verlagerte sich das Kapital außerhalb der USA. Das sehr langsame Wachstum von Waren und Dienstleistungen und die vorsichtige Politik der Zentralbanken, die weltweit die Geldmenge verknappen, führten dazu, dass der Aufschwung in Europa und Japan sowie in den Entwicklungsländern von den US-Investoren als sicher vor Inflationsrisiken angesehen wurde, die den Wert der Wertpapiere, in die der

“globale Investor” [5] sein Kapital investierte, zu früh abwerten würden. Tatsächlich sind die realen Zinssätze in Deutschland und Japan höher als in den USA, eben weil es in diesen Ländern fast keinen Preisanstieg gegeben hat. Andererseits wurde das Wachstum der Inlandsnachfrage in den USA bisher durch das Austrocknen der inländischen Ersparnisse, die 1994 auf ein Rekordniveau (3,8 % des verfügbaren Einkommens) gesunken sind, und durch die Zunahme der Verbraucherkredite ermöglicht.
Dies erklärt das Paradoxon der Abwertung des Dollars angesichts der wiederholten Erhöhungen der amerikanischen Zinssätze: Das Kapital ging dorthin, wo die Anleger eine Steigerung der Nachfrage erwarteten (niedrigere Inflationsraten und höhere Margen der ausgabefähigen Ersparnisse als in den USA). Noch nie hat sich das heterodoxe “Sprichwort”, dass die Nachfrage das Angebot schafft, so sehr bewahrheitet wie im Post-Fordismus. Tatsache ist, dass in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, insbesondere in den USA, ein entscheidendes Spiel um die Frage der Inflation gespielt wird. Einerseits setzen diejenigen, die behaupten, daß ein Inflationsschub “vor der Tür steht”, obwohl es selbst Ende 1994 keine Anzeichen dafür gab, alles daran, die Währungsbehörden zu zwingen, die Zinssätze zu erhöhen, um so die Einkommen (Renten) der Inhaber von Staatsanleihen zu schützen. Tatsächlich profitiert nur die obere Einkommensklasse, die den größten Teil der Anleihen hält, von den wiederholten Zinserhöhungen, während die stärker verschuldete mittlere und untere Mittelschicht eine weitere Verringerung ihres verfügbaren Einkommens hinnehmen muß. Dies führt zu einer deutlichen Verschärfung der Einkommensverteilung. Andererseits scheint ein nicht-inflationäres Wirtschaftswachstum aufgrund der genannten Merkmale nicht über die Zinsen steuerbar zu sein, was diejenigen begünstigt, die den Wirtschaftskreislauf über die Finanzpolitik regulieren wollen. Die Realzinsen, die sich aus der Differenz zwischen Nominalzinsen und Inflationsrate ergeben, sind bereits sehr hoch, so dass die Banken die Kreditvergabe immer mehr erleichtern, was die Geldpolitik der Zentralbanken noch weniger wirksam macht [6]. All dies bestätigt nur die Dringlichkeit einer Neudefinition der statistischen Indikatoren für die postfordistische Transformation der Wirtschaft.

Schließlich verändert die Synchronisierung der Wirtschaftszyklen die Rationalität der internationalen Verteilung des Reichtums grundlegend. Die Wachstumspole USA, Europa und Japan hierarchisieren sich untereinander und mit dem Rest der Welt nicht nur aufgrund ihrer Wirtschaftskraft, sondern zunehmend aufgrund ihrer jeweiligen Position im globalen Informationsfluss. In dieser Hinsicht macht es relativ wenig aus, wenn die jährliche Wachstumsrate in der chinesischen Provinz Guangdong 15 % beträgt, während sie in den USA oder Europa nur 2 oder 3 % beträgt [7]. Viel wichtiger ist, dass das globale System der Telekommunikations-Computernetzwerke mit einer monatlichen Rate von 15 % wächst, denn diese Rate misst das Wachstum der Macht und ihrer Hierarchie im globalen Maßstab, die Macht, die sich aus der Beherrschung neuer strategischer Ressourcen ergibt. Die Beherrschung der Globalisierungsprozesse der Computerkommunikationsnetze wird über die neue internationale Machtverteilung entscheiden. Die Macht bewegt sich rasch in Richtung einer Hierarchisierung der internationalen Aufteilung des Eigentums an Wissen, des Eigentums an diesem “Rohstoff”, dessen Kosten zunehmend die relativen Preise der auf internationaler Ebene gehandelten Waren und Dienstleistungen bestimmen. Die Bedeutung der multilateralen Handelsabkommen in den letzten Jahren ist nur der Prolog für die Veränderung des Inhalts künftiger internationaler Abkommen. Künftig werden Patente,

Urheberrechte, Marken und Handelsgeheimnisse die eigentlichen Streitpunkte in internationalen Verhandlungen sein [8].

Die Neudefinition der internationalen Aufteilung des politischen und wirtschaftlichen Kommandos hat nichts Gelegentliches an sich, sondern folgt den geographischen Linien, die durch Investitionen und Kapitalkonzentrationen in Telekommunikationsnetzen gezogen werden. Der Zeitpunkt wird durch die Widerstandsfähigkeit der Hindernisse für den Kapitalzugang in den Ländern der Welt, d.h. durch den Grad ihrer Deregulierung, bestimmt. In dieser Telegeographie des Planeten, die sich aus Investitionsentscheidungen, Allianzen, Konzentrationen und Fusionen ergibt, reift die neue Arbeitsteilung der kommenden Jahrzehnte heran, in der die Arbeitsteilung hierarchisch durch Arbeitskostenunterschiede bestimmt sein wird. Die Position eines jeden Landes wird von seiner Fähigkeit abhängen, aus der immateriellen lebendigen Arbeit, dem Wissen und den Kenntnissen Kapital zu schlagen, und von der Möglichkeit, die Kosten des Wissens auf die relativen Preise umzulegen, die wahren Träger des "ungleichen Austauschs" zwischen den neuen Zentren und den neuen Peripherien, zwischen dem neuen Norden und dem neuen Süden.

In dieser wirtschaftlichen Geopolitik, wie Massimo Cacciari kürzlich schrieb, "zerfällt Europa

Europa zerfällt nicht, weil es untergeht, sondern weil es sich dem Sonnenuntergang verweigert, weil es sich ihm widersetzt, anstatt auf ihm zu bestehen" [9]. Aber das Beharren auf dem Untergang dieses Europas, eines "Mausoleums der Erinnerungen", eines Ortes des rücksichtslosen Wettbewerbs zwischen den Mitgliedsstaaten, einer Tortur der Gewalt und des Bruderkriegs, erfordert den Aufbau einer europäischen Einheit, die von seinem spezifischen Wissen ausgeht. In einer postfordistischen Wirtschaft, in der die immaterielle Arbeit einen strategischen Wert hat, kann der europäische Staat nur ein extraterritorialer Staat sein, d.h. ein Staat, der das lokale Wissen respektiert und wertschätzt, ohne es im Keim zu ersticken, indem er Regeln, Normen und Wechselkurse auferlegt, die vom fordistischen Wachstumsregime und dem System des Austauschs zwischen den Nationen, das sein eigenes war, geerbt wurden, dem System, das heute die "duale Gesellschaft" der zwei Geschwindigkeiten im europäischen Maßstab reproduziert [10]. Die "freie Zirkulation von Waren" kann nichts bewirken, wenn sie nicht zur freien Zirkulation von Wissen und den sozialen Identitäten wird, die dieses Wissen hervorbringt.

Um "frei" zu sein, muss lokales Wissen durch supranationale Umverteilungsmechanismen vergütet werden können, die die Kontinuität lokaler oder regionaler Investitionen in Forschung und Entwicklung garantieren, d.h. wenn die Forschung von sozialer und politischer Gemeinschaft durchdrungen ist. Ohne diesen Sprung ist die Europäische Union nicht "dem Untergang geweiht", sie ist bereits gesunken.

Die Analyse des postfordistischen Konjunkturzyklus mit seinen "Merkwürdigkeiten" im Vergleich zu früheren Zyklen hat genau das Wesen dieses Innovations- und Umstrukturierungssprungs, seine politisch-institutionellen Auswirkungen auf globaler Ebene sowie die Notwendigkeit neuer Regeln aufgezeigt, ohne die die uns drohenden Gefahren zu groß sind, als dass wir sie bewältigen könnten.

Anmerkungen

[1] Siehe Erik Izraelewicz, L'Amerique sans l'inflation, Le Monde, 19. April 1994

[2] Seit 1993 veröffentlicht die Wochenzeitschrift "Business Week" eine lange Reihe von Artikeln, Analysen und Kommentaren über nichtinflationäres Wachstum und kritisiert die Politik der Federal Reserve. "The Economist" hingegen hält an seinem monetaristischen Ansatz fest und versucht mit allen Mitteln, die Spannung über die "drohende Inflation" hoch zu halten.

[3] Siehe Sergio Bologna, Fliegen ist ein bisschen wie Fallen. I perversi meccanimi della deregulation aerea, in "il manifesto", 21. Februar 1989.

[4] Zur Krise der statistischen Indikatoren siehe The real Truth about the Economy. Are Government statistics so much pulp fiction, in "Business Week", 7. November 1994, S. 44-49.

[5] Siehe The Global Investor. As foreigns economies revive, Americans are buying up overseas stocks in "Business Week", 19. September 1994, S. 40-47

[6] siehe George Graham, Haunted by the spectre of inflation, in "Financial Times", 27. Oktober 1994, S. 15. Völlig auf einer Linie mit der These von der "bevorstehenden" Inflation liegt das Wall Street Journal, wie aus seinem Leitartikel Taxing to Prosperity vom 27. Oktober 1994 hervorgeht. Um die Inflation wirksam zu bekämpfen, müßte die Fed die Zinssätze stark anheben. Das Wachstum des Dienstleistungssektors (der weniger empfindlich auf Änderungen der kurzfristigen Zinssätze reagiert), die Zunahme der Nichtbankenkredite an Unternehmen (als Folge der immer entscheidenderen Rolle der Nachfrage) und die Globalisierung der Wirtschaft (und damit die starke Präsenz ausländischer Käufer) sind alles Faktoren, die ihre Rolle schwächen.

[7] Siehe The Information Revolution in "Business Week", 13. Juni 1994, S. 38. Über die "Landkarte" der Investitionen in das Telekommunikationsnetz siehe The Global Free-for-All: As huge new telecom markets open, carriers aim to carve up the world in "Business Week", 26. September 1994.

[8] Siehe Stolpersteine des Handels. Verschärfte Patent- und Urheberrechtsgesetze wurden bald Teil der Welthandelsregeln. Die Befürchtung, dass die Entwicklungsländer stark verlieren, ist unbegründet, in "The Economist", 27. August 1994.

[9] Massimo Cacciari, Geophilosophie Europas, Adelphi, Mailand, 1994, S. 168.

[10] In diese Richtung gehen die Ergebnisse der Studie von Pierre Maillet und Dario Velo (Hrsg.), L'Europe à géométrie variable. Transition vers l'intégration, L'Harmattan, Paris, 1994.

taken from here: https://www.machina-deriveapprodi.com/post/il-nuovo-ciclo-economico-postfordista

← PREVIOUS NEXT →

META

CONTACT